

Waldbadener Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. M. 20.—, vierteljährl. M. 60.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr 66.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 1.—Pfg. : Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamts Sparkasse Reutlingen. Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto: Direction d. Disconto-Ges., Zweigst. Waldb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Petitzeile oder deren
Raum M. 2 50, auswärts M. 3.00. :; Reklame-
zeile M. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden
jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. :; In Konkurs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gsch in Waldbad.

Nummer 170

Februar 1922

Waldbad, Montag, den 24. Juli 1922

Februar 1922

57. Jahrgang

Tagespiegel.

Die Antwortnote der deutschen Regierung an das
Garantiekomitee ist bereits nach Paris unterwegs.

Der Entschädigungsausschuß hat die deutschen Koh-
lenlieferungen nur um 275 000 Tonnen von 2 Mill.
Tonnen auf 1 725 000 Tonnen pro Monat ab 1. Aug.
68 l. Est. ermäßigt.

Die bayerischen Demokraten haben sich in der Frage
des Reichsfinanzgesetzes hinter die Auffassung der
übrigen Parteien des Reichs gestellt.

Orlando wurde mit der Neubildung des italienischen
Kabinetts beauftragt.

Deutschland als Kriegsgegner

Die Friedensstärke unseres Heers war 1914 über 800 000
Mann; hierzu kam Reserve und Landwehr nebst Landsturm,
die durch eine wohlvorbereitete Mobilmachung in wenig
Tagen kampfbereit waren. Heute haben wir ein Heer von Be-
rufssoldaten in Höhe von noch nicht ganz 100 000 Mann ohne
jegliche Reserve. Zwar zählt die Schutzpolizei 50 000 waffen-
fähiger Männer; es fehlen aber für sie die Waffen und die
Ausrüstung.

Frankreich dagegen hat im Frieden 805 000 Mann auf
den Beinen, und mit Recht bestätigt der General Delacour
im „Temps“ vom 16. Dezember 1921, daß es heute das Volk
in Waffen ist. Es kann in kürzester Zeit durch Einberufung
der „aktiven Reserve“ und „territorial-(Landwehr-)Reserve“
bei Verwendung der farbigen Völker aller Schattierungen ein
Heer von 5—6 Millionen ausgerüsteter, gut bewaffneter
Krieger bereitstellen. Hierzu kommen noch die durch Ver-
träge gebundenen Staaten, von denen Belgien 113 000,
Polen 300 000 und die Tschechoslowakei 250 000 Mann schon
als Friedensstärke haben.

Außer den Mannschaften fehlen Deutschland aber auch
die Waffen. Nach Artikel 169, Uebersicht 2 und 3 des Friede-
nsvertrags haben wir an Waffen nur: 122 000 Gewehre,
1926 Maschinengewehre, für die 56 208 000 Patronen, und
288 leichte Geschütze, für die 271 200 Schuß zugestanden sind.
Um uns über den Wert dieser Bewaffnung klar zu werden,
müssen wir einmal betrachten, was Deutschland in diesem
Krieg gebraucht hat. Es mußten während des ganzen Kriegs
rund 10 Millionen Gewehre, Karabiner und Pistolen neu
angefertigt werden. Maschinengewehre wurden 1916 monat-
lich schon 2300 Stück, gegen Ende des Kriegs über 13 000
Stück monatlich, Handgranaten bis zu 5 Millionen Stück
monatlich geliefert. Im Jahr 1917 allein wurden fast 2,5
Millionen Patronen fertig. Die schwere Artillerie zählte am
Schluß des Kriegs 1660 Batterien. Für die leichte Artillerie
wurden durchschnittlich monatlich über 2000 Geschütze neu
gegossen. Das leistete alles unsere Kriegsindustrie. Diese
aber ist uns verloren worden, und eine Umstellung dazu
würde länger dauern, als Frankreich gebrauchen würde, im
Kriegsfall ganz Deutschland zu besetzen. Ein heimlicher Auf-
bau einer solchen Industrie ist aber unter den heutigen Nach-
richten- und Verkehrsverhältnissen weder im Inland noch im
Ausland möglich. Alle über die zugelassene Zahl vorhandenen
Waffen aber sind abgeliefert. So haben wir z. B. bis heute
beinahe 6 Millionen Gewehre und Karabiner abgegeben,
104 612 Maschinengewehre, 28 446 Minenwerfer, 54 791 Ge-
schütze, fast 39 Millionen Artillerie- und Minengeschütze, 34
Millionen Handgranaten, Gewehrgranaten und Wurfgrana-
ten, 470 Millionen Patronen, 10 014 Flugzeuge und 27 711
Flugzeugmotoren. Was will es diesen Zahlen gegenüber
bedeuten, wenn wirklich einmal „versteckte Waffen“ noch ge-
funden wurden, die im Höchstfall einige 100 Gewehre und
ein Paar tausend Patronen umfassen! Hierauf immer hinzu-
weisen, wie es die Entente lebt, ist doch geradezu lächerlich.

Allen diesen ungünstigen Ausichten für Deutschland
gegenüber hat Frankreich außer der Menge seiner ausgebil-
deten Soldaten eine Kriegsindustrie, die zu den höchsten
Leistungen befähigt ist, es beherrscht die Luft in
Mittel-Europa und im nahen Osten, und will sich das
Recht wahren, immer noch weiter Unterseeboote zu bauen,
um auch zur See stark zu sein.

Selbst dem größten Laien müssen diese Ausführungen
klar machen, daß Deutschland nicht daran denken kann, einen
Krieg zu erklären; aber die französischen Machthaber brauchen
dieses Schlagwort und schreien es deshalb immer wieder aufs
neue in die Welt hinaus.

Jeder lehre vor seiner eigenen Tür

Seit 5. Juli haben wir in Berlin einen Garantie-
ausschuß. Als er uns durch die unerhörte Note vom
21. März angedroht wurde, verbatlen wir uns aufs Entschie-
denste jede Form von Finanzkontrolle. Es war genug, daß
wir politisch und militärisch aus dem Rat der Nationen ge-
strichen waren. Jetzt galt es unsere Finanzhoheit zu
nehmen, das letzte Stück der Eigenhoheit eines Staates. Sie
preisgeben bedeutete unsere Enimündigung, bedeutete
die Herabdrückung Deutschlands auf die Stufe der ver-
schuldeten Türkei und des bankrotten Ägyptens.

Also ein entschiedenes Nein. Und nachdem wir dieses
Nein ausgesprochen, gingen unsere Vertreter nach Genoa.
Inzwischen bohrten und bohrten die Franzosen weiter und
weiter an der Sache — bis es so weit war, daß wir doch
unter die Finanzkontrolle der Entente kamen. Dem der
Garantieausschuß hat unlängst klipp und klar erklärt, er sehe
es als seine Hauptaufgabe an, „das gesamte Finanzwesen
Deutschlands zu kontrollieren“, also unsere Einnahmen an
Steuern und Zöllen, unsere Ausgaben, wie weit dabei Ab-
striche möglich wären, unser Schuldenwesen, die Maßnahmen
gegen die Kapitalflucht, den Umlauf unserer Banknoten und
was alles noch dazu gehört.

Wir sind also jetzt unter „Kuratel“ gestellt, und der
Garantieausschuß wird, seinem höheren Auftrag gemäß,
genau nachprüfen, wie weit uns der Vorwurf einer „absicht-
lichen Nichterfüllung“ trifft, die nach dem Versailler Ver-
trag (§ 18 zu Artikel 232) den Feindbund ermächtigt, wei-
tere Maßnahmen oder gar — wie Poincaré sehnlichst hofft
— „Sanktionen“ gegen uns zu verfügen.

Wie aber steht es gerade in finanzieller Beziehung mit
Frankreich? Wer in einem Stashaus sitzt, sollte nicht
mit Steinen um sich werfen. Hören wir darüber einen Fran-
zosen. Georges Lachapelle gibt in seinem Buch „Die
Wahrheit über unsere Finanzlage“ folgendes Gutachten ab:

„Der Tag der Milliarden hat nach dem Sieg des War-
schall Hoch eine Steigerung bis zur Raserei erfahren.
Vom Waffenstillstand bis zu den Neuwahlen gab es in
der Schamlosigkeit der Verschwendung keine
Halt mehr. Milliarden wurden vergeu-
det für Wahlprüfanden, ferner in der Form von
Belohnungen für entlassene Soldaten, von Unterstellungen
an alle Familien, die einen Sohn im Kriege hatten und
von denen sehr viele nichts weniger als bedürftig waren,
an die Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten, und schließlich
an alle diejenigen, die einige Zeit nur in der Nähe der
Feuerlinie zugebracht und dort womöglich Vermögen ver-
dient hatten bei der Ausbeutung der Frontstrassen. Die
Niedrigstellung des Brotpreises geschah auf Kosten des
Staats. Beamtengehälter und Pensionen wurden erhöht
und der während des Kriegs geschaffene, nunmehr über-
flüssig gewordene Beamtenapparat unverändert bei-
gehalten.“

Frankreich trat in den Krieg ein mit einer öffentlichen
Verschuldung von 29,8 Milliarden Francs. Am 31. Dez.
1918 stellte sich die gesamte französische Staatsverschul-
dung auf 170,6 Milliarden. Dazu kommt in den folgenden vier Jahren
1919—1922 ein Fehlbetrag von 145 Milliarden, so daß der
Stand der Schuld am 31. März 1922 nach einer vom Finanz-
ministerium veröffentlichten Zusammenstellung die Riesen-
summe von 316,9 Milliarden Goldfrancs beträgt.

Man machte und macht ohne jedes Verantwortungsgefühl
Ausgaben auf Ausgaben. Versuchen die Parteien der Lin-
ken eine Aussprache über die haarsträubenden Ueberschrei-
tungen des Staatshaushaltsplans herbeizuführen, so weigert
sich regelmäßig die Regierung, die eingehenden Anfragen
zu beantworten. Sie hat nur eine einzige Sorge, „die
Wählerchaft durch die Bewilligung immer neuer Unter-
stützungen, Belohnungen und sonstigen Pfändchen bei Laune
zu halten.“ Statt endlich einmal der Verschleuderung staat-
licher Gelder ein Ende zu machen und „dem Volke die bittere
Wahrheit zu sagen“, wird es fortgesetzt mit verlogenen Hoff-
nungen beschwichtigt und eingeschläfert. Man vertritt es
auf die riesigen Wiedergutmachungssummen, die aus Deutsch-
land hereinströmen würden. Man redet von neuen Ein-
nahmequellen, mit deren Erträgen man in spätestens drei
bis vier Jahren den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu
bringen in der Lage sein werde.

Ja, wäre es nicht tatsächlich möglich, neue Steuer-
quellen zu erschließen? Kenner der Steuerverhältnisse
Frankreichs glauben, daß die indirekte Besteuerung
einen Ausbau erfahren habe, der kaum einen steuerbaren
Gegenstand unerfaßt läßt und auch in den Steuerföhen für
die nicht lebensnotwendigen Genussgüter, wie Tabak
und Alkohol, die Höchstgrenze erreicht habe. Anders aber sehe es
mit den direkten Steuern, die als „undemokratisch“ gelten
und deshalb außerordentlich niedrig bemessen sind. Hier
ließe sich noch manches herausholen. Aber dazu fehlt es der
Regierung an Mut.

Zu etwas anderem allerdings fehlt Poincaré weniger der
Mut. Schon einmal waren Frankreichs Finanzen vollkom-

men zerrüttet. Es war jene Zeit nach der französischen Re-
volution, wo man mit den völlig wertlosen „Assignaten“ die
Zimmerwände tapezierte. Da kam Napoleon. Er fand
sogar ein sehr einfaches Mittel zur „Sanierung der Finan-
zen“: er holte durch wahnwitzige Kriegsauslagen
Geld aus den besiegten Ländern. Genau so wollen es
die heutigen Staatsmänner in Paris machen. Deutsch-
land soll die erschöpfte Staatskasse mit seinen Milliarden
wieder auffüllen. Bevor diese Zahlungen nicht regelrecht
eingehen, will Frankreich den Amerikanern keinen Dollar
Zins für die geschuldeten 20 Milliarden Francs bezahlen.
Es will auch dem Sowjetstaat nichts von den ungeheuren
Vorkriegsschulden erlassen, die allerdings seiner Zeit Rußland
im Interesse Frankreichs für Kriegsvorbereitung gemacht
hatte.

Kurz: Frankreichs Finanzen stehen miserabel. Daran ist
nicht auch der Krieg schuld, der Milliarden verschlungen hat.
Nicht weniger Schuld trifft die heillosen Finanzwirt-
schaft mit ihrer unverantwortlichen Verschwendung und
ihrem mangelhaften Steuerwesen. Und daselbe Frankreich
macht sich an, sich zum Finanzkontrolleur über Deutschland
zu machen!

W. H.

Factas Sturz

Die Zukunftsprognose Italiens

Zum Rücktritt des italienischen Kabinetts De Facta
schreibt uns ein außenpolitischer Mitarbeiter: Die Krise
Italiens hat eine merkwürdige Ähnlichkeit mit der Deutsch-
lands, ja man kann ruhig sagen: Dem Königreich geht es
ebenso schlecht wie der deutschen Republik. Der Unterschied
besteht nur darin, daß Italien keinen Kriegskredit zu zahlen
hat und infolgedessen nicht täglich den finanziellen Abgrund
vor sich sieht. Aber schlimm genug nimmt sich sein Haushalt
aus: Das Jahr 1921/22 brachte einen Fehlbetrag von 6½
Milliarden Lire und schon der Voranschlag für 1922/23 ent-
hält wieder einen solchen von 4 Milliarden. Da ist es be-
greiflich, daß ein Ministerium, das in seiner Mitte nicht
viele Köpfe und bei den Parteien nicht viele Freunde be-
sitzt, sich nicht lange hält. Facta und Schanzer sind der in-
neren und äußeren Schwierigkeiten nicht Herr geworden.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens liegen sehr un-
günstig. Das Land ist arm an Rohstoffen und leidet an
einem Ueberschuß arbeitender Bevölkerung. Italien kann
nicht arbeiten und kann seine Söhne nicht ins Ausland
schicken, die vor dem Krieg millionenweise ausgewandert.
Keine Nachkriegs-Regierung konnte bisher Abhilfe schaffen,
weil alle Abhilfen, auch die geringsten, außer halb Ita-
liens liegen und weil die anderen Staaten ihrerseits zu viele
eigene schwere Sorgen haben, um an die italienischen zu
denken.

Der wunde Punkt des italienischen Staatshaushalts
ist ähnlich wie in Deutschland, die Eisenbahn. Der acht-
stündige Arbeitstag hat die Einstellung von 25 000 neuen
Beamten erfordert. Sie erhöhen die Ausgaben um 240 Mil-
lionen. Auch sonst schwillt das Beamtenheer beängstigend
an. Es stehen statt der vorgeschriebenen 175 000 Mann
260 000 unter Waffen. Schatzminister Penco hat größte
Sparsamkeit versprochen. Die „Reform der Bureaucratie“
ist sogar Gesetz geworden. Aber das Gesetz steht auf dem
Papier. Eine Kraftnatur wie einst Crispien wäre nötig,
um es durchzuführen. Der kleine kluge bescheidene Luigi
Facta ist keine Kraftnatur. Er ist ja auch mit den Fajzisten
nicht fertig geworden. Der „Fajzismus“, schreibt die Zeit-
ung „Mondo“, hatte große Verdienste, als er vor zwei Jah-
ren die revolutionären Unruhen niederwarf. Aber der Faj-
zismus muß begreifen, daß er kein Recht hat, sich an die
Stelle des Staates zu setzen. Jedenfalls bewies Facta nicht
genügend Tatkraft in der Aufrechterhaltung des staatlichen
Ansehens.“

In der auswärtigen Politik dieselbe Schwäche.
Facta und Schanzer haben in Venedig das menschenmöglichste
getan, um die Völker einander näher zu bringen. Der Miß-
erfolg der Konferenz hat auch das Ansehen der römischen
Diplomatie gemindert. Dann kam die ganz mißglückte Lon-
donreise des Außenministers Schanzer. Die Engländer den-
ken nicht daran, ihre Versprechungen von Venedig wahr zu
machen und Italien durch Zugeständnisse im Orient enger an
sich zu binden. Mussolini, der Minister der Fajzisten,
sagt: „Wenn irgend etwas zugunsten unseres nationalen An-
sehens geschehen ist, so verdanken wir es der Diplomatie des
Vaticans, nicht der des Senators Schanzer.“ Grob und
deutlich aber wahr! Facta, der intimste Freund und piemont-
tesische Landsmann Giolitti (und noch weniger Schanzer)
hat es auch nicht verstanden, Mut gegenüber Frank-
reich zu zeigen. Gerade von einem liberalen Kabinetts hatte
man dies erwartet.

Wer soll nun das Erbe Factas antreten? Nicht! Ein
nach links orientiertes Ministerium bedeutet, so behauptet
die Rechte, den Bürgerkrieg. Merkwürdige Ähnlichkeiten
mit Deutschland treten auf. Die katholischen Popolari und

die Sozialisten wollen vereint der italienischen Außenpolitik eine klare, bestimmte Richtung geben, die man am besten mit dem Schlagwort „Los vom Versailler Vertrag“ bezeichnen kann. Sollte die Möglichkeit einer solchen Politik im Augenblick nicht gegeben sein, so werden die nächsten Neuwahlen den Stein ins Rollen bringen. Man denkt an das deutsche Vorbild eines Zusammengehens der katholischen Demokraten und der sozialistischen Demokraten. In diese Koalition würden sich andere Parteien dann von selber anschließen. Es ist in Deutschland wohl wenig bekannt geworden, daß Don Sturzo, der „italienische Windthorst“, Ende 1921 in Berlin Gast des deutschen Reichskanzlers war, um an Ort und Stelle die Zusammenarbeit der deutschen Popolari d. L. des Zentrums und der Sozialisten zu studieren. Große Ziele schweben den italienischen Parteien vor. Italien, das seinen französischen Kriegesverbündeten Frankreich an Bevölkerungsziffer jetzt schon überholt hat und noch weiter überholt, wird eine Außenpolitik einleiten, die den Rufen und Wünschen Deutschlands entgegenkommt.

Die Finanzüberwachung

Berlin, 23. Juli. Die in der Denkschrift des Garantieauschusses festgestellten Forderungen sind folgende:

1. Beim Reichsfinanzministerium wird für die Ueberwachung der Einnahmen und der Ausgaben des Reichs je ein Vertreter des ständigen Garantieauschusses eingesetzt. Die Reichsregierung hat den Entwurf des Reichshaushaltplans für jedes Jahr — vor der Beratung durch Reichsrat und Reichstag —, ebenso alle anderen Gesetzentwürfe oder andere Regierungsmassnahmen, die mit Reicheinnahmen oder Ausgaben zusammenhängen, dem Garantieauschuss vorzulegen, über die monatlichen Kassenabschlüsse, Steuererträge, über die Wirkung der Sparmassnahmen usw. Bericht zu erstatten. Die Beauftragten des Garantieauschusses sind berechtigt, alle diesbezüglichen Akten und Schriften zur Prüfung einzufordern und in die Buchführung und Betriebsführung Einsicht zu nehmen. Die Reichsregierung hat sofort einen „beweglichen“ Nachprüfungsdienst einzurichten; die Beauftragten des Garantieauschusses werden von Zeit zu Zeit diese deutschen Nachprüfungsbeamten begleiten, um bei verschiedenen Aemtern des Reichs Stichproben vorzunehmen.

2. Zur Ueberwachung der schwebenden Schuld des Reichs (Schahwechsel bzw. Danknoten) wird ein besonderer Beauftragter des Garantieauschusses eingesetzt; das Reichsfinanzministerium hat über den Stand der schwebenden Schuld jederzeit Mitteilung zu machen.

3. Mit dem von der Reichsregierung vorgelegten Plan zur Unterdrückung der Kapitalflucht ist der Garantieauschuss einverstanden. Die Ausführung der Bestimmungen liegt für den Geldverkehr den Finanzämtern, für die Warenexport dem Reichswirtschaftsministerium unter Ueberwachung der Nachprüfungsbeamten bzw. den Beauftragten des Garantieauschusses ob. Dem Garantieauschuss sind genaue vierteljährliche Aufzeichnungen über Ein- und Ausfuhr, Schiffsverkehr, über die Erzeugung der Industrie, Eisenbahn- und Kanalverkehr und halbjährliche Aufzeichnungen über Steuererträge, Zollerträge (in Goldmark) vorzulegen.

4. Außerdem sind zeitweilige Ueberblicke vorgesehen: je monatlich über den Stand der Veranlagung zur Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer und über die Einnahmen aus der Lohnsteuer. Von Oktober 1922 ab sind monatliche Aufstellungen vorzulegen, aus denen sich die Zahl der Steuerpflichtigen und der eingegangenen Voranmeldungen zur Umsatzsteuer ergibt. Alle 10 Tage ist eine Ueberblick über die Reichsfinanzen einzureichen, monatlich eine solche über die Einnahmen an Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben, sowie über die Einnahmen von Post und Eisenbahnen, vierteljährlich über Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts neben der jährlichen Abrechnung. Ueber den Stand der schwebenden Schuld ist täglich zu berichten, außerdem sind alle 10 Tage und monatlich genaue Ueberblicke zu geben.

Neue Nachrichten

Umarbeitung der deutschen Anwoort

Berlin, 23. Juli. Die Zustimmung der Reichsregierung zu den Forderungen des Garantieauschusses soll noch einmal umgearbeitet und dann in Paris übergeben werden.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenstein.

10. (Nachdruck verboten.)

Hans richtet sich stramm auf.

„Ernst gesprochen, Rosel — du läßt nit von mir, kommt was kommt?“

„Ja laß nit von dir, kommt was kommt! In alle Ewigkeit nit!“ antwortete sie feierlich.

„Nachher wird ja wohl auch dein Vater ein Einsinken haben, wenn er's inne wird, wie rechtschaffen unsere Lieb ist. Daß er kein Futrauen hat jetzt . . . du mein, ich kann's ihm nit verargen. Es geht wußt zu bei uns, Rosel, und wenn ich dich nit hätt . . . weiß Gott, ich müßt' schier verkommen vor Angst und Sorgen!“

Teilnehmend sieht sie zu ihm auf.

„Wer geh! Ist's denn wahr, daß die Deinigen so hoch hinauswollen?“

„Wahr ist's! Der Vater wohl nit. Den kommt's rechtschaffen hart an. Schier weisköpfig ist er geworden in der letzten Zeit und so esend beinand, daß ich manchmal denk, es müßt ihm inwendig was fehlen. Aber was will er machen? In gut war er sein Lebtag, jetzt führen halt die Weiberleut 's Regiment auf 'm Legebauernhof! Die Martina haben sie in die Stadt verheiratet, die Liesel soll jetzt in der Klosterküche kochen lernen, denn die Tante hat sich's in den Kopf gesetzt, sie müßt später einmal im Stift Wirtschaftlerin werden.“

„Und deiner Mutter ist das recht?“

„Du mein! Die Mutter tut, wie die Tante will: und die Mutter verlegt sich jetzt aufs Frommsein. Alleweil sitzt sie in der Stiftskirche und schleicht um den Vater Hofmeister herum . . .“

„Mit möglich! Warum denn?“

„Weil er ein Auge auf unsere Grabenwiese und den Buchensichtag geworfen hat. Weißt, im Stift tun sie

Der Führer der Deutschdem. Reichstagsfraktion

Berlin, 23. Juli. Dem Vorsitzenden der Deutschdem. Reichstagsfraktion, Senator Dr. Karl Petersen, wurde im D-Bug von Berlin nach Hamburg während des Aufenthaltes des Juges auf einer kleinen Station sein Koffer, enthaltend einen Frackanzug, Hüter und Alten in Reichsangelegenheiten, aus dem Abteil gestohlen.

Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferungen.

Paris, 23. Juli. Die Reparationskommission hat am Freitag in später Abendstunde dennoch eine Entscheidung über die deutschen Kohlenlieferungen gefällt, allerdings nur für eine Periode von August bis Oktober 1922. Sie hat die monatlich zu liefernde Menge an Kohle und Koks auf 1 725 000 Tonnen festgesetzt. Wie man also sieht, ist nur ein ganz kleiner Abzug eingetreten, da die Menge der bis jetzt zu liefernden Kohle auf 2 Millionen Tonnen festgesetzt war.

Bayerns Wille zur unverbrüchlichen Treue zum Reich.

München, 23. Juli. Der Landesauschuss der Deutschdem. Partei in Bayern setzte gestern vormittag seine Beratungen fort, wobei wiederum der unbedingte Wille der Partei zur unverbrüchlichen Treue gegen das Reich und zur Einheit des deutschen Volkes zum Ausdruck kam.

Vervorückender Rücktritt des Grafen Zech.

München, 23. Juli. Wie der T.A. von unterrichteter Seite bekannt wird, steht der Rücktritt des Reichsgesandten in München, Grafen Zech, unmittelbar bevor. Die bayerische Regierung hat gegenüber der Reichsregierung den Wunsch nach Berufung des Grafen Zech zum Ausdruck gebracht. Dieser ist zur Berichterstattung nach Berlin berufen worden.

Ein Schiffsunfall im Nermellanal.

Paris, 23. Juli. Ueber ein Schiffsunfall, w. des in der Nacht auf den Samstag im Nermellanal durch den Zusammenstoß zweier Dampfer im Nebel sich zgetragen hat, werden folgende Einzelheiten berichtet: Es handelt sich um den Dampfer „Marengo“ von der Elfermannlinie, der von Newbork nach Hull unterwegs war und den Dampfer „Kumura“ von der Neuseelandgesellschaft. Dieser hatte 544 Passagiere und 116 Mannschaften an Bord. Soviele man hört, soll es gelungen sein, sämtliche Passagiere zu retten. Ueber das Schicksal des „Marengo“ lauten die Nachrichten sehr widersprechend. Es ist jedenfalls sehr unsicher, ob es dem Dampfer gelungen ist, einen Hafen anzulassen. Der Dampfer „Kumura“ ist zwar sehr stark beschädigt, hat aber durch verschiedene Selbsthilfsrichtungen seine Weiterfahrt, wenn auch in einem sehr langsamen Tempo fortsetzen können.

Aufforderung an die italienischen Sozialisten zum Streikabbruch.

Mailand, 23. Juli. Nachdem am Freitag vormittag der Faschistenführer Mussolini in Mailand eingetroffen war, veröffentlichte der „Popolo d'Italia“ am Freitag nachmittag um 4 1/2 Uhr in einem Extrablatt ein Ultimatum an die Sozialisten, daß der „idiotische Streik“ sofort abgebrochen werden müsse, andernfalls 30 000 Faschisten am Samstag Mailand besetzen würden. Gleichzeitig werden in dem Ultimatum die Faschisten Maschinen erweh- und Artilleriemannschaften der Reserve aufgefordert, sich unverzüglich beim Oberbefehlshaber ihrer Truppe zu melden. Das Flugpersonal der Faschisten wurde ebenfalls auf Freitag abend aufgeboten. Die Mailänder Faschisten wurden aufgefordert, ihre Ziviltätigkeit für die Dauer des sozialistischen Streiks einzustellen. Das Ultimatum der Faschisten hat natürlich eine große Ueberschuldung und Aufregung hervorgerufen. Die Arbeitskammer hielt dann sofort am Freitag nachmittag eine Versammlung ab und beschloß für Mailand und die Provinz die Wiederaufnahme der Arbeit für Samstag früh.

Der Vatikan und das Römische.

Rom, 23. Juli. Nach einer Meldung der „Epoca“ hat in einem von Kardinalen und Bischöfen unterzeichneten Memorandum eine große Anzahl katholischer Geistlicher den Papst dringend ersucht, sie von der unzulässigen Durchföhrung des römischen Römabats zu befreien. Die Geistlichkeit kämpfte gegen ein Martyrium,

das schlimmer als der Tod sei. Der Papst wird gebeten, die katholischen Geistlichen aus dieser grauenhaften Lage zu err. 21.

Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten Ebert?

Berlin, 23. Juli. Die demokratische Fraktion hat, wie der Lokalanz. meldet, in der Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Fraktionen (Zentrum, Demokratie und Deutsche Volkspartei) in Anregung gebracht, die Amtsföhrung des Reichspräsidenten nochmals um zwei Jahre zu verlängern. (Die Regierungsparteien waren bereits übereingekommen, die vom Reichskanzler für den November d. J. angekündigte Neuwahl auf Januar 1923 zu verschieben.)

Bayern beharrt auf dem Widerspruch

München, 23. Juli. Der große Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei (Ztr.) beschloß einstimmig, den Widerspruch gegen die Ausnahmegelese aufrecht zu erhalten und mit allen gesetzlichen und parlamentarischen Mitteln den Standpunkt Bayerns festzuhalten. Dem anwesenden Ministerpräsidenten Grafen Berchthold wurde das Vertrauen und die Unterstützung ausgesprochen. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und B. Bauernbund schlossen sich an.

Die Rückberufung der bayerischen Reichswehrtruppen vor der Beendigung der Uebungen wird amtlich bestätigt. Das Reichswehrministerium hatte seine Einwilligung gegeben.

Wie die Kriegsschädigung hereingebracht werden soll

Paris, 23. Juli. In einer Note an die Entschädigungskommission behauptet Poincaré, daß die deutsche Reichsregierung für die Entwertung der Mark verantwortlich sei. Die Steuern werden in Deutschland ungenügend eingetrieben, die Ausgaben übermäßig vergrößert und die Finanzen schlecht verwaltet. Mit der Ausgabe von Schahscheinen und Papiergeld werde Mißbrauch getrieben. Es sei notwendig, daß die Entschädigungskommission nicht nur die Ueberwachung der Finanzen, sondern auch der Staatsländereien, Wälder und Bergwerke als Pfänder laut Art. 248 des Friedensvertrags übernehme. Eine weitere Zahlungsfrei könnte höchstens f. 4—6 Wochen in Frage kommen, bis die Ueberwachung eingerichtet und die Pfänder „geprüft“ (d. h. in Besitz genommen) seien. Werde nach Verfall der kurzen Frist die fällige Zahlung (50 Millionen Goldmark) am 15. Oktober nicht geleistet, so habe das vertragsmäßige Verfahren wegen abschließender Nichterfüllung Platz zu greifen.

Der Minister für öffentliche Arbeiten antwortete auf die Anfrage eines Senators, es sei zweifellos festgestellt, daß neben den Barzahlungen und den unmittelbaren Lieferungen an die „befreiten Gebiete“ die verstärkten Sachlieferungen und die Leistungen der deutschen Arbeiter im französischen Gebiet die dritte Möglichkeit darstellen, die Kriegsschädigung einzutreiben.

Das deutsche Eigentum in Amerika

Washington, 23. Juli. Der demokratische Senator Underwood (der bekannte Fabrikbesitzer und Deutschenfeind) hat einen Antrag eingebracht, die amerikanischen Kriegsforderungen an Deutschland, die eine Milliarde Dollar betragen sollen (sie sollen nach der „Times“ wahrscheinlich auf 400 Millionen herabgesetzt werden), durch einen sechs-gliedrigen Ausschuss baldigst zu regeln. Die deutschen Werte in Amerika sollen zerlegt werden in Reichs- oder Staatseigentum, Privateigentum und Wertpapierbesitz deutscher Staatsangehöriger und aus diesem Besitz sollen, angefangen beim Reichseigentum, die amerikanischen Ansprüche befriedigt werden.

Württemberg

Stuttgart, 23. Juli. Von der Technischen Hochschule. Als Nachfolger von Professor Dr. Gutbier erhielt Professor Dr. Ernst Wille, Dörfurt, Professor der Chemie an der Bergakademie Kautschal im Harz, einen Ruf.

Zeltungsverbot. Die „Süddeutsche Zeitung“ wurde wegen der Veröffentlichung eines Briefes des amerikanischen Herausgebers der „Cincinnati Freien Presse“, Fred W. Cloven, an die (vor einigen Tagen mit Verbot belegte) deutsche Wochenschrift „Gewissen“ am Samstag vormittag beschlagnahmt. Das Ministerium des Innern hat der „Süddeutschen Zeitung“ außerdem eine Verwarnung erteilt und bei wieder-

„Jetzt hätt' ich mich frei erschreckt,“ murmelt Rosel, „wie wenn eins weinen täte, so schreit der grausliche Vogel. Immer fällt mir dabei 's Totenglück ein in St. Lorenzen drunt und wie die Deut jammeru, wenn j' ein Liebes zu Grab tragen.“

Auch Hans ist ein unbehagliches Gefühl überkommen und bekommen schweigt er. Im nächsten Augenblick sucht Rosel den peinlichen Eindruck durch ein hoffnungsvolles Wort zu verschieben.

„Weißt,“ sagt sie, „was ich mir denke? Wenn mein Vater sieht, wie's uns ernst ist, dann wird er doch nachgeben und ohne Mitgift wird die Groß-Reicher-Rosel doch nit vom Tulknerjattel abziehen müssen. Nachher könnten wir schon einen Teil der Schulden gleich . . .“

„Selbige Rechnung wird nit stimmen“, fällt ihr eine tiefe Stimme ins Wort und des Groß-Reichers mächtige Gestalt steht breitbeinig vor den beiden erschrockenen, jungen Leuten. „Nachgeben tu ich nit und auf 'm Legebauernhof kommt du mir nit als Bäurin, sell merk's euch beide fein!“

„Vater . . .!“

„Dast gemeint, ich hätt' seinen Biß nit auch gehört? Rärriiche Dirn! Hab' dich gehen lassen, weil ich gedacht hab', ihr wollt Abschied nehmen für immer. Bin dir nit feind, Hans . . . ein letztes gutes Wort in Ehren, dagegen war ich nit gewesen, aber mehr nit. Nehr nit, Hans. Es war nit, wenn du dich losmachst unten von dem verschuldeten Hof und allen, was dazu gehört, dann könnten wir weiter reden. So aber . . .“

„Groß-Reicher!“ schreit Hans empört auf, „sell sagst mir nit im Ernst! Heimat und Vaterland verlassen . . .!“

Der Großbauer macht eine geringfügige Handbewegung. „Zwing dich ja nit dazu. Viel verlieren tätest, reichlich nit. Was willst denn machen? Die wirtschaften sich ins Armenhaus, und wenn du nit beizeiten gehst, ziehn sie dich mit hinein. Aber das ist deine Sache.“

(Fortsetzung folgt.)

holter Uebertretung des Schußgesetzes das Verbot der Jagd angeklagt. Wegen des beschlagnahmten Artikels wird ein Strafverfahren eingeleitet.

Herrenberg, 23. Juli. Winterschule. Die Amtsverwaltung hat den Neubau einer landwirtschaftlichen Winterschule in Herrenberg mit dem Aufwand von etwa 4 Millionen Mark beschloffen.

Hüttlingen, 23. Juli. Kirchenbau. Zu der Blättermeldung über die „au-Stiftung“ wird nachträglich berichtet, daß wohl von Bischof von Keppeler eine Schenkung von 40 000 M eingegangen ist, daß aber von der weitergemeldeten Stiftung von 200 000 Mark für den Hochaltar nichts bekannt ist.

Heidenheim, 23. Juli. Auf der Bezirksversammlung für das Leichenhaus- und Begräbniswesen Württembergs, wurde eine Mindestgebühr für ein großes Grab von 150 M festgesetzt.

Laupheim, 23. Juli. Straßenraub. Der Landwirt Johann Böck von Wölpershofen wurde auf dem Heimweg vom hiesigen Bahnhof von einem etwa 25jährigen Burschen überfallen, durch einen Schuß am Kopf verletzt, mit einem Stock bearbeitet und seiner Barchaft mit 3500 Mark beraubt. Der Räuber stahl dann im „Schwanen“ ein Fahrrad im Wert von 12 000 Mark, mit dem er die Flucht ergriff.

Der Kartoffelanbau in Württemberg. Im Jahr 1921 betrug die Anbaufläche für Frühkartoffeln (vor dem 15. Sept. geerntet) 2733 Hektar oder 3,8 Prozent, für Spätkartoffeln 72 345 Hektar oder 96,4 Prozent. Von den Frühkartoffeln entfällt fast die Hälfte der Anbaufläche auf den Neckarkreis mit seinem milden Klima. Hauptanbaugemeinde ist Lauffen a. Neckar mit 284 Hektar. Frühkartoffeln haben 1921 100 Gemeinden mit mindestens 5 Hektar angebaut. Die Anbaufläche für 1922 ist noch nicht genau erhoben, doch dürfte sie sich von der vorjährigen nicht wesentlich unterscheiden.

Zeichen der Zeit. Im Tuttlinger „Gränzboden“ liest man folgendes: Für meinen Bruder, der auf einer Ferienreise war, wollte ich ein Fernglas kaufen. Ein solches wurde mir zum festen Preis von 3500 Mark angeboten. Da sich wegen der Reiseabwesenheit die Einwilligung meines Bruders etwas verzögert hatte, sprach ich nach 17 Tagen nochmals in dem Geschäft vor, um den Kauf abzuschließen. Dann aber wurden für das Glas 7000 Mark verlangt.

Mehr Anstand! Die Landesregierung von Borsberg hat in einem Schreiben an die Ortsgruppe Lindau des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins über das Benehmen vieler Touristen — leider auch aus Deutschland — Klage geführt. Namentlich nehme die Borsberger Bevölkerung an dem Unfug des Raftfahrens und der Raftsonnenbäder an allgemein zugänglichen Plätzen und Wegen berechtigten Anstoß.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 22. Juli.

136. Sitzung. Der Württ. Landtag nahm gestern seine Vollsitzungen wieder auf, um noch vor den Sommerferien eine Reihe dringlicher Gesetze zu verabschieden. Die Sitzung selbst nahm einen durchaus geschäftsmäßigen Verlauf. Die politische Spannung, die über dem Hause lastet, kam noch nicht zum Ausbruch, kündete sich jedoch in dem von der Rechten eingebrachten Anträgen zum Fall Bazille-Keil, die auf Entlassung des Ministers Keil und Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gehen, an. Das Frage- und Antwortspiel der kleinen Anfragen wurde ein dutzendmal wiederholt, ohne etwas Besonderes zu Tage zu fördern. Eine große Anfrage Bazille (B.P.) über die Grundwertzuwachssteuer wird mit dem Katastergesetz behandelt. Das Gesetz über Gewährung eines Darlehens von 21 Mill. Mk. an die Schwäb. Hüttenwerke fand in 2. und 3. Lesung Annahme gegen die Stimmen der Kommunisten. Das Aenderungs-gesetz der Württ. Gerichtshof- und Notariatsgebührenordnung, über das Abg. Böck (Jr.) berichtete, fand nach den Beschlüssen des Finanzausschusses Annahme. Die Rechte und die Kommunisten stimmten dagegen. Die Abgg. Dr. Schermann, Uns, Sommer, Adorno und Gen. (Jr.) beantragten: Die Staatsregierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die von Württemberg veranlagte Menge Umlagegetreide mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit der Lieferung in der bisher angeforderten Höhe schon bei der Oberverteilung herabgesetzt werde. Bürgerpartei und Bauernbund beantragten: Zur Durchführung des beantragten Verfahrens auf Amtsentlassung des Ministers Keil nach § 28 der Verfassung Württembergs beantragen wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von 12 Mitgliedern, in dem auch die Mitglieder-Vereinigungen, die keine Fraktionsstärke haben, vertreten sind.

137. Sitzung. Zu Beginn der Samstagsitzung verlas Präsident Walter ein von der Bürgerpartei und dem Bauernbund eingebrachtes Schreiben: Bisher sei im Abgeordnetenhaus lebend gewesen, die persönliche Ehre der Abgeordneten zu achten. Nur der Abgeordnete und Arbeitsminister Keil habe darin eine Ausnahme gemacht. Nachdem er früher schon gegen den Abg. Dingler (B.W.) die ehrenrührigsten Beschuldigungen erhoben, die er später als unwahr zurücknehmen mußte, und dann in offenen Worten unter dem Schutz der Abgeordnetenfreiheit den Abg. Hermann Hiller mit einer Flut der gewöhnlichsten Schimpfwörter überschüttet hatte, habe er wieder im Reichstag die Amtsehre des Abg. Bazille aufs schmerzliche verletzt und sich dabei auch noch der Schimpfwörter bedient. Den persönlichen Verkehr mit einem solchen Mann lehnen Bürgerpartei und Bauernbund künftig ab und bitten den Präsidenten, ihre Mitglieder zu keinen geselligen Veranstaltungen mehr einzuladen, an denen Minister Keil teilnehme.

Hierauf wurde ohne wesentliche Aussprache die 1. Lesung des Gesetzes über die Wohnungsabgabe zu Ende geführt. — Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag nachmittags 4 Uhr angeber. Tagesordnung: Fall Bazille-Keil.

Ein Antrag Ströbel (Bauernbund) und Gen. ersucht das Staatsministerium im Hinblick auf die unbefriedigende Ernte mit allem Nachdruck auf eine Herabsetzung des württ. Umlagegetreides von 38 500 Tonnen Getreide hinzuwirken.

Die Lebensmittelpreise in Stuttgart

Nach einer Veröffentlichung der Württ. Landespreisstelle ergibt sich bei einem Vergleich der neuesten Preise vom 1. Juli d. J. mit den Preisen am 1. Juli 1914 folgendes: Es ist gestiegen der Preis von Fleisch auf etwa das 60-fache (von Schweinefleisch sogar auf das 108-fache), Schweinefleisch um etwa 100-fache (am 1. Oktober 1921 betrug die Steigerung erst das 28-fache, am 1. Februar d. J. erst das 45-fache), Butter das 52-fache, Frischmilch das 41-fache, Eier das 88-fache, Roggenbrot das 29-fache, Markenbrot das

28-fache (dagegen marktenfreies Brot das 75-fache), Zucker das 39-fache („Auslandszucker“ das 80-fache), Erbsen das 39-fache, Binsen das 70-fache, Bohnen das 35-fache, Salz das 13-fache, Reis das 52-fache, Gries das 76-fache, Graupengerste das 40-fache, Erdöl das 65-fache, Grieß das 76-fache, Johorrie das 68-fache, Bienenwachs das 42-fache, Geröllermehl das 24-fache, Haferflocken das 36-fache, Maikaroni das 54-fache, Malzkaffee das 38-fache, Salatöl und Margarine das 60-fache, (weiße Kern-) Seife das 65-fache, Soda das 64-fache, Spiritus das 39-fache, Kohlen das 108-fache, Braunkohlenbriketts das 87-fache.

Stuttgart, 23. Juli. Die Staatsforstverwaltung hat mit Wirkung vom 1. Juli ds. Js. ihre Arbeitslöhne wieder erhöht. Es gelten nunmehr folgende Sätze: für Arbeiter über 20 Jahre in Tariffklasse I 19,50 M, in II 19,— M, in III 17,50 M; für Arbeiter von 18—20 Jahren in I auf 16,20 M, in II 15,40 M, in III 14,— M; unter 18 Jahren in I 12,30 M, in II 11,50 M, in III 10,— M; für Arbeiterinnen über 18 Jahre in I 10,70 M, in II 10,20 M, in III 9,30 M; von 16—18 Jahren in I 8,90 M, in II 8,30 M, in III 7,40 M für die Stunde. Die Alfordilöhne erhöhen sich gegenüber den Löhnen im November 1921 etwa auf das Dreifache.

Göppingen, 22. Juli. Ehrung. Der Senat der Technischen Hochschule Stuttgart hat Kommerzienrat Böhlinger und Fabrikant Albert Schuler wegen ihrer Verdienste um den deutschen Werkzeugmaschinenbau zu Dr.-Ing. ehrenhalber ernannt.

Gegen die „Eisenbahndirektion“. Gegen die Herabdrückung der Eisenbahn-Direktionen Stuttgart und Karlsruhe zu „Direktionen“ durch eine unerwartete Verfügung des Reichsministers Gröner macht sich immer mehr Widerstand geltend. Der Eisenbahnrat Stuttgart hat einstimmig dagegen Widerspruch erhoben und in Baden wird aus Beamtenkreisen die Regierung aufgefordert, der gegen den Uebernahmevertrag verstoßenden Verfügung entschieden entgegenzutreten. — Bayern war seinerzeit bei der Eisenbahnübergabe weislich und vorsichtiger und hat die Errichtung einer sogenannten Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums in München, die von Bayern besetzt wird, durchgeführt und damit der Herabsetzung des Landes zu einer Provinz im Eisenbahnwesen vorgebeugt.

Einmachzucker wird noch im Lauf des Juli zur Verteilung kommen, und zwar 1½ Pfund auf den Kopf. Der Preis stellt sich für das Pfund auf 18,50 Mk. für Kristallzucker, 18,80 Mk. für gemahlene Zucker und 19 Mk. für Würfelzucker.

Bierpreishöhung. In Württemberg sollen vom 1. August an die vor kurzem heraufgesetzten Bierpreise abermals erhöht werden. Auch in Bayern steht eine weitere Preis-erhöhung für 8- und 12prozentiges Bier bevor. In Baden ist die Preissteigerung bereits beschloffen, aber wegen des Widerstands der Gastwirte noch nicht allgemein durchgeführt.

Baden.

Karlsruhe, 23. Juli. Auf eine Anfrage von deutsch-nationaler Seite teilte Finanzminister Köhler im Haushaltsausschuß des Landtags mit, bezüglich der Rücknahme der Eisenbahnbetriebe vom Reich an die Einzelstaaten sei Bayern an Baden noch nicht herangetreten. Er könne aber sagen, daß das Reich bis jetzt die Zinsen der Abfindungssumme für die abgetretenen Bahnen an die betreffenden 7 Staaten bezahlt habe.

In der Beratung des 1. Nachtrags zum Staatshaushaltplan erklärte der Minister, zur Ausbringung der 159 Mill. Mark sei eine Steuererhöhung nötig. Die Beamtengehälter in Baden erfordern 1,8 Milliarden Mark. Die Auszahlung der Summenhöhen soll nächster Tage erfolgen; die Landeshauptkassa wird um mehrere Beamte verstärkt werden.

In der Futternot des Jahres 1921 hatten 40 Viehhalter in Grödingen b. Durlach Gros aus Staatswäldern geholt und waren mit Strafen belegt worden. Ihr Gesuch um Strafbefreiung wurde vom Landtagsausschuß an das Justizministerium verwiesen mit dem Anfügen, daß die Verteilten den Wert des Grases ersetzen sollen.

Karlsruhe, 23. Juli. Da außer Heidelberg auch Mannheim, Karlsruhe und Rastatt Tochtergemeinden in den russischen Hungergebieten besitzen, soll die Frage der Patenschaftsübernahme von dem badischen Stadtrat einheitlich beraten und geregelt werden.

Mannheim, 23. Juli. In einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei hielt Minister Kemmle einen Vortrag. Er sagte u. a., die Ausnahme Gesetze zum Schutz der Republik seien eine Notwendigkeit gewesen. Man müsse sich darüber klar sein, daß das gegenwärtige Kleid eine Folge der deutschen Erfüllungspolitik sei, die die Sozialdemokratie mit vollem Bewußtsein mitgemacht habe. Der ungeheure Kurssturz sei auf die Absicht zurückzuführen, Deutschland in die Weltkrisis hineinzustellen, damit ein Ausgleich der deutschen und ausländischen Warenpreise zustande komme. Eine andere Politik sei für die Republik unmöglich. Die Kommunisten brauchen den Wob, damit es klappere, wenn sie auf die Straße ziehen. Es müsse ein scharfer Strich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gezogen werden.

Etwa 300 Frauen veranstalteten am Samstag eine Kundgebung vor dem Rathaus gegen die Anzahl von Händlern, die den Landwirten die Marktwaren gerabezu aus der Hand reißen, um sie mit Wucherpreisen zu verkaufen.

Weinheim, 23. Juli. Wegen nächtlicher Felddiebstähle ist Lagerhalter Ph. Ab. Renzland, Mitglied des Bürgerausschusses, verhaftet worden.

Neumünster b. Bühl, 23. Juli. In einer der letzten Nächte wurden durch Badenhande in einer hiesigen Sägerei die Zapfen aus den Delfässern herausgerissen, so daß Maschinenöl im Wert von 30 000 M verloren ging. Auch in einer anderen Sägerei wurden Zerstörungen angerichtet.

Allerlei.

Die Fischerei zur Nachtzeit ist in Baden wieder verboten. In Ausnahmefällen kann Erlaubnis durch das Ministerium des Innern erteilt werden. Anträge sind durch das Bezirksamt zu stellen.

Die Kirchweih in Baden. Die Eingabe des bad. Gastwirtsverbands, die Abhaltung der Kirchweihen wie vor dem Krieg an den althergebrachten Tagen jedes Orts freizugeben, statt sie bezirksweise auf einen bestimmten Tag zusammenzuliegen, ist vom Ministerium des Innern abschlagig beschloffen worden.

4000 deutsche Zeitungen und Zeitschriften eingegangen. Wie der Hauptredakteur der „Köln. Volkszeitung“, Dr. Höber, feststellte, haben bisher infolge der schwierigen Verhältnisse 3800 deutsche Zeitungen und Zeitschriften ihr Er-

scheinen eingestellt. Mit 1. Juli haben weitere 200 Zeitungen und Zeitschriften zu erscheinen aufgehört, so daß bereits 4000 deutsche Blätter dem Niedergang unserer Wirtschaft zum Opfer fielen.

Schwedischer Ferientours. An der Universität Heidelberg ist der schwedische Ferientours, an dem 120 Studierende aus Schweden teilnehmen, letzter Tage zu Ende gegangen. Die Teilnehmer machten noch einen Besuch in Maulbronn und wohnten einer Freilichtaufführung im Schwelinger Schlossgarten bei.

Keine Filmzensur. Gegenüber einer Zeitungs-meldung wird amtlich erklärt, daß keinerlei Verschärfung der Filmprüfung für Lichtspieltheater beabsichtigt sei.

Jagdverpachtung nach der Valuta. Bei der Verpachtung der Gemeindejagd von Eppingen (Baden) wurde dem Vertrag die Bedingung beigefügt: „Der vereinbarte Pacht-preis ist nur gültig, wenn der Markwert sich nicht verschlechtert. Tritt eine weitere Marktentwertung ein, so erhöht sich die Pacht entsprechend. Maßgebend ist das Wertverhältnis der Mark zum Dollar.“ — Wegen diese Bestimmung nahm der Jagdverein „Hubertus“ in Heidelberg entschieden Stellung; sie sei nicht nur in nationaler Hinsicht unwürdig, sondern sie gebe auch den Anreiz, auf das Wild hineinzuhauen, damit die Pächter nicht zu Schaden kommen. Der Einspruch blieb unwirksam. Eine Karlsruher Gesellschaft übernahm die Jagd um 45 000 Mark (im Vorjahr 820 Mark) und er-lannte die Valutabestimmung ausdrücklich an.

Heiratshindernis. Die Stütze Sophie Baier aus Göppingen gab sich in Frankfurt a. M. für die Tochter eines Fabrikanten aus, der ein Vermögen von 75 Millionen be-sitze, 2700 Arbeiter beschäftige und sonst allerlei Vorzüge habe. Ein junger Kaufmann, der sich schon lange einen solchen Schwiegervater wünschte, begann darauf das be-achtenswerte Fräulein zu „verehren“. Billig ist das natür-lich nicht. Zum Glück für ihn rief er bald die Punkte. Das Schöffengericht aber verurteilte dem Fräulein sechs Wochen Ferienaufenthalt.

Brand. In der Baumwollspinnerei von S. Neumünster Söhne in Herbrechtingen, einer Zweigstelle des Betriebs in Heidenheim, brach in der Nacht auf Samstag ein Brand aus, der schweren Schaden verursachte.

Die Wartburgstiftung, welcher das Schicksal der alten Thüringer Bergfesten anvertraut ist, befahte sich in ihrer letzten Sitzung u. a. mit Fragen der Durchführung des Ver-trags zwischen der Gebietsregierung und dem ehemaligen Großherzog, sowie mit dem weiteren Ausbau der Stiftung. Bezüglich des bisher ausgeschlossenen Wartburggebiets trat der Ausschuß für eine Einlösung in den Stadtkreis Eisenach ein und betonte die Notwendigkeit, daß die zum Schutz des Wartburgbunds in dem Bewahrungspfad Eisenachs eingezei-chnete sogenannte „blaue Linie“ als äußerste Grenze der hō-henollenbauten auch künftighin beibehalten werde. Hin-sichtlich der schadhaft gewordenen Schwindschen Fresenge-mälde aus der Geschichte der Landgrafen und der heiligen Elisabeth, wegen deren Wiederherstellung bereits seit län-gerer Zeit von den verschiedensten Seiten umfassende sach-männliche Gutachten eingeholt worden sind, beschloß man nach Ausführungen der mitanwesenden Sachverständigen, Ministerialrat-Oberbaudirektor Schrammen und Museums-direktor Köhler-Weimar: 1. Entlastungsanlagen zu treffen, 2. Pläne zur Einrichtung einer Beheizung zunächst des Eli-sabethengangs aufzustellen und 3. die Wiederherstellung des durch Pilze und Schimmelschleier stark angegriffenen Sän-gertrigsbilds im Sängersaal dem Kunstmalers Paul Ger-hardt in Düsseldorf zu übertragen. Die zur Bekämpfung der Wiederherstellung benötigten beträchtlichen Mittel sollen durch eine Wartburglotterie aufgebracht werden, deren Zulassung in allen deutschen Staaten angestrebt wird. Der Preis zur Besichtigung der Innenräume der Wartburg wurde auf 10 Mk. festgesetzt; Vereine und Schulen erhalten Ermäßigung.

Die Haarnehe, die jetzt in allen möglichen Farben so auf-fällig auf den Köpfen der Damen erscheinen, bringen plötz-lich eine Mode zur Geltung, die lange vergessen schien. Wie mag man nur auf diesen Schmutz gekommen sein, der in unsern nüchternen Zeiten so abenteuerlich und phantastisch wirkt? Vielleicht sind es die Renaissance-Filme, die jetzt allenthalben gedreht werden, die diese Mode des 14. und 15. Jahrhunderts wieder heraufführten. Wie dem auch sei, das Haarnetz ist da, nicht nur in der unauffälligen prak-tischen Form, in der man es früher trug, um dem Haar Halt zu geben, sondern als ausgesprochene Zierde der Frisur. Das Haarnetz ist ein Geschenk des Altertums an die späteren Zeiten, und wir dürfen uns die goldenen oder silbernen Netze, mit denen die Ahnenfrauen ihre Haarnoten um-spannten, gewiß zarter, seelenvoller, feinnaschiger und fein-sichtiger denken, als die bunten und herben Gebilde, denen wir heute begegnen. Das Haarnetz hatte in der alten Fri-sur die Aufgabe, die eben einem Netz zukommt, nämlich Haarmassen festzuhalten und zusammenzufassen, und dies-er Zweck trat immer wieder in der Mode auf, wenn man be-sonders künstliche Frisuren zur Einheit zusammenformen wollte. Die Dame des Mittelalters, die im Winter ihr Haar unter einer festen Mütze, dem sog. Gebäude, verbarg, trug im Sommer eine Rehhaube, die aus Wolle gestrickt oder aus Schnüren von Seide, Silber und Gold geflochten war. Diese Tracht war bequemer und gestattete ihr, auch in diesen Tagen des züchtigen Berbergeus weiblicher Reize etwas von ihrer Schönheit sehen zu lassen. Im 14. Jahrhundert, als die Tracht mehr und mehr verweltlichte, wurden auch die Netze immer grobnaschiger, und man zog die einzelnen Flechten aus dem seidenen oder metallenen Netz heraus, um sie in trauriger Fülle um die Wangen spielen zu lassen. Die sittenstrenge Obrigkeit schüttelte zu dieser „Leichfertigkeit“ bedenkl. den Kopf und verbot sie vielfach. Als die bur-gundische Mode die dicken Wulste und abfiehenden Hörner brachte, die die Haare zu den sonderbarsten Formen zusam-menprekten, da wurden goldene Netze benutzt, um die künst-lich geformten Massen zusammenzufassen. Seine eigentliche Blütezeit aber erlebte das Haarnetz in der Renaissance, und wie hier überhaupt der Geist des Altertums zu neuer Schön-heit belebt wurde, so kann man auch auf den Bildnissen ita-lienischer Frauen aus jener Zeit die feinste Verwendung dieser Netze erkennen. Die Damen am Hofe Lorenzos des Prachtigen und Paps Sixtus X. trugen nicht etwa Netze ein-förmig oder gleichmäßig über das Haar gelegt, sondern sie schloffen am Hinterkopf eine zierliche Haarmasse zusammen, von der dann frei das Haar in einzelnen Wellen auf den Rücken niederwehte. Die Vorderfrisur wurde nur durch einige feine Ketten, die mit Edelsteinen besetzt waren, mit dem Haarnetz verbunden, und vorn an der Stirn lag dann lose und leicht, wie ein funkelnder Tautropfen, eine einzelne Perle oder ein Diamant auf dem Haar. Diese feinen, auf das kostbarste geschmückten Gespinste schmeigten sich in voll-endeter Weise der Kopfform an und schufen für das Haar keine schweren Bände oder plumpen Tressen, sondern um-

spielten es mit einer reichen Resedit feinen Geschmacks. In den anderen Ländern wurde diese Haartragemode ins Braunkolle vergrößert. Als Leonore von Castilien sich 1530 mit Franz I. vermählte, sprachen die französischen Chronisten ausführlich von dem „spanischen Haartrage“, das sie trug, einem langen goldenen, das Haar bedeckenden Netz, das über und über mit Steinen und Schleifen geschmückt war. Diese Haartrage wurden dann auch in Frankreich modern; in Deutschland entwickelte sich daraus die Netzhaube, die aus einem dichten Netzwerk von seidnenen, silbernen und goldenen Schnüren bestand. Die Reichsleiterordnung von 1830 erließ über diese Tracht strenge Verordnungen, durch die seidene Haartrage nur den Bürgern vornehmen Herkommens gestattet waren, während die silbernen und goldenen dem Adel vorbehalten blieben. Die Haartrage waren aber so beliebt, daß sie sogar in die Männermode eindrangen und die Landsknechte Haartrage trugen, in die sie große Federn steckten.

Der Jakobusfesttag. Der 25. Juli ist dem Andenken des Apostels Jakobus geweiht. Er war der erste Apostel, der den Märtyrertod erlitten hat. Auf wunderbare Weise wurde in seine sterblichen Ueberreste zu Santiago de Compostela (Spanien) wiedergeführt, wo sie beerdigt wurden, worauf man über seinem Grabe eine Kathedrale errichtete. Jakobus gehört zu den Tagen, die im Volksmund eine gewisse Bedeutung erlangt haben. Das Wetter soll schon drei Tage vorher schön sein, auch der Tag selbst soll hell und warm sein, weiß, wenn St. Jakob „weint“, die Eichen „sterben“ und die Brotfrucht schlecht gerät. Für die Ernte, namentlich für den Roggen, soll der Jakobustag ganz besonders geeignet sein. Einem alten Volksglauben nach verleiht St. Jakob den Kirschen und Birnen ihren würzigen Geschmack. „St. Jakob bringt Salz in die Birnen“, sagt das Sprichwort. Damit die Kartoffeln gut geraten, darf ihre Blüte nicht vor Jakobus vom Kraut fallen. Zu St. Jakob werden auch die jungen Störche, die bereits flügge geworden sind, aus dem Nest gejagt, um sich von nun an ihr Futter selbst zu suchen.

Prämierung von Bienenzuchtbetrieben. Zur Hebung der Bienenzucht und zur Förderung der Bienenzucht, insbesondere auch im Hinblick auf ihre große Bedeutung für den Obstbau, veranstaltet die Würt. Landwirtschaftskammer eine Prämierung von Bienenzuchtbetrieben, die alljährlich in zwei Landestreffen durchgeführt wird, und zwar im Jahre 1922 im Schwarzwald- und Donaukreis. Die in diesen Kreisen ansässigen Bienenzüchter, und zwar Private, Vereine und Anstalten, welche mindestens fünf Jahre selbstständig geimert haben und Zuchtbetrieb von wenigstens zehn Bienen besitzend, können sich an der Prämierung beteiligen.

Beste Nachrichten.

Die Daumenschraube wird weiter angezogen

Berlin, 23. Juli. Die Pariser Entschädigungskommission hat der Reichsregierung die Auflage erteilt, in den drei Monaten August bis Oktober 1705 000 Tonnen Kohlen und 720 000 Tonnen Rots abzuliefern. Sollte die Ausbeute im Ruhrgebiet in dieser Zeit über 8 300 000 Tonnen hinausgehen, so sollen auch noch von diesem Ueberschuß 20 Prozent abgeliefert werden.

Ämtlich wird dazu bemerkt, es sei unmöglich diese neuen erhöhten Anforderungen zu erfüllen, da schon die bisherigen Ansprüche nicht erfüllt werden konnten.

Das Ende von Korfants Ministerberichtszeit

Warschau, 23. Juli. Das entschiedene Auftreten des Staatsministers Bilsudski gegen den unrechtmäßig und nur mit ganz geringer Mehrheit vom Sejm (Reichstag) gewählten Ministerpräsidenten Korfants hat die Abgeordneten zum Teil wieder zur Besinnung gebracht. Der Klub der Verfassungs Freunde hat Korfants nachträglich seine Unterstützung abgezogen. Damit hatte sein „Ministerium“ den Boden verloren. Bilsudski wird nun ein rechtshängiges Kabinett berufen, das über den Parteien stehen soll.

Es fehlt im Räderwerk

London, 23. Juli. Das gemeinsame Bundesministerium

von Australien hat die Wiedereinführung deutscher Konsum in Australien abgelehnt. Der genugsam bekannte Ministerpräsident Hughes erklärte: er wolle nicht sagen, daß Australien niemals wieder mit Deutschland Handel treiben solle, aber das Ministerium fühle sich nicht veranlaßt, das Räderwerk des deutschen Handels zu schmieren. — Es fehlt offenbar aber auch bei manchen Leuten in Australien am oberen Räderwerk. Herr Hughes hatte nichts dagegen einzuwenden, daß Deutschland den australischen Händlern soeben 10 000 Tonnen liegendebliebenen Gefrierfleischs abgekauft hat.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 23. Juli 500,40 Mark.

Umrechnungskurs für den neuen russischen Rubel. Die Sowjetregierung hat für den Verkehr mit dem Ausland den bisherigen alten Volkswirtschaftenrubel zusammengelegt in der Weise, daß 10 000 alte Rubel einem neuen Rubel gleichgesetzt sind. Die Staatsbank in Moskau hat nun für 1922 den Umrechnungskurs folgendermaßen festgesetzt: Ein Pfund Sterling 1800 neue Rubel, Dollar 230 Rubel, Francs 20 Rubel, schwedische Krone 60 Rubel, deutsche Mark 88 Kopeken, polnische Mark 6 Kopeken, estländische Mark 5 Kopeken, lettlandischer Rubel 80 Kopeken. (Ein russischer Rubel hat 100 Kopeken.)

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 24.—30. Juli d. J. zum Preis von 1000 Mk. für ein Zwanzigmargstück, 650 Mk. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen erfolgt bis auf weiteres zum Wochenbetrag des Rennwerks.

1000 österreichische Kronen gleich 14 1/2 Schweizer Rappen.

Stuttgart, 23. Juli. Der gestrige Obstmarkt war so stark besetzt, daß der Bedarf die Anlieferung kaum aufnehmen konnte. Falläpfel und Johannisbeeren blieben stehen, weil zu deren Verwertung der Jucker fehlt. Von der allgemeinen Preislenkung wurden Sichelbeeren (Großhandelspreis 10—13 Mk.), Heidelbeeren (11—14 Mk.) und Himbeeren (20—23 Mk.) am wenigsten betroffen. Aprikosen, in denen hier völlige Mangel ist, waren einige Körbchen zugeführt. Die Stürme in der letzten Woche haben viel unreifes Obst heruntergerissen. Auf billige Obstpreise ist nicht zu rechnen, trotz der von vielen Plätzen gemeldeten guten Ernteaussichten: der ganze Obsthandel ist heute in der Hauptsache eine Speise- und Frachtenfrage. — Auf dem Gemüsemarkt hat sich eine Knappheit in Salat und Rettichen bemerkbar gemacht; in allen anderen Gemüsen konnte die Nachfrage gedeckt werden. Die Gurken, stellenweise auch die Tomaten, haben durch die nasskalte Witterung erheblich gelitten. In Kartoffeln herrscht große Knappheit; die Verhandlungen über die Preisfrage sind soweit gediehen, daß bald größere Zufuhr in Aussicht steht.

Die Marktpreise werden schon wirksam, in der Weise wenigstens, daß die Waren vom Markt verschwinden. Am Samstag waren in Stuttgart fast keine Frühkartoffeln zu bekommen. Was man von vorrätigen Händlern in ihren Geschäften kaufen konnte, mußte weit über den amtlichen Richtpreis, die auch vom Publikum als zu nieder bezeichnet werden, bezahlt werden. Das gleiche ist nicht in Mannheim der Fall. Gärtner und Händler mieden den Markt und für die geringe Zufuhr mußten schließlich höhere Preise angelegt werden, als ein angemessener Richtpreis betragen hätte. Mit zu niederen Zwangspreisen ist dem Verbraucher nicht gedient.

Stimmen aus dem Publikum.

(Für die unter dieser Rubrik stehenden Einleitungen übernimmt die Redaktion nur die presserechtliche Verantwortung.)

Kriegerdenkmal. „Die Straußbergwäsen! — hie Güthlers Anlagen u. s. w.!\", so schallt der Ruf durch die Bevölkerung und durch die Presse bei Erörterung des Plages für das zu erstellende Kriegerdenkmal, für das bekanntlich der Gemeinderat mit großer Mehrheit den erstgenannten Plag gewählt hat. Jeder hebt die Schönheit und vor allem die günstige Verkehrsloge seines Plages hervor, und dabei wird, wie es scheint, die Frage des Zwecks eines solchen Denkmals ganz ausgeschaltet. Es sieht fast so aus, als ob es nur darauf ankommt, den Fremden zu zeigen, daß auch die Stadt Wilddad imstande ist, ihren gefallenen Söhnen ein prächtiges und vor allem

kostbares Erinnerungsmal zu schaffen. Ist das aber wirklich der Zweck einer solchen Anlage? Soll nicht vielmehr das Kriegerdenkmal ein Zeichen inniger Dankbarkeit der Ueberlebenden sein für die gefallenen Brüder, die in ihrer Hingabe für das Vaterland getreu waren bis zum Tode, der Mit- und Nachwelt ein Ansporn, gleich ihnen sich ganz in den Dienst der engeren und weiteren Heimat zu stellen? Soll es nicht in erster Linie eine heilige Stätte bilden, die insbesondere den Angehörigen der Toten das Grab ihrer teuren Lieben ersehen mag, das sie fern im fremden Lande vielleicht vergeblich suchen müssen? Paßt aber eine solche mitten in den Verkehr, mitten in das geschäftliche Treiben des Alltags? Kann da die trauernde Witwe des Gatten, die Braut des Bräutigams, können da die Eltern des Sohnes, die Kinder des Vaters in würdiger Weise gedenken? — Da dürfte doch der Vorschlag des Herrn Stadtschultheiß Böhner, der ja wohl auch durch das Gutachten der verschiedenen Kunstschwerständigen unterstützt wird, nämlich das Denkmal auf dem neuen Friedhof zu errichten, nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen sein. Der Einwurf, daß es dort zu weit ab von der Stadt stehe und unbeachtet bleiben würde, ist nicht stichhaltig. Die ganze Anlage des neuen Friedhofs ist so wunderbar, daß dieser sicherlich bald, wie das ja auch mit zahlreichen Friedhöfen in anderen Städten der Fall ist, eine Sehenswürdigkeit Wilddads bilden wird. Ein schattiger Weg dorthin ist leicht zu schaffen, so daß dadurch unser Badeort um eine prächtige neue Promenade bereichert würde, die gewiß auch die Fremden zum Besuche jener Sätte des Friedens veranlassen wird. Und auf dem Friedhofe ließe sich für das Kriegerdenkmal, das dort übrigens bereits vom Zuge aus von den Einfahrenden gesehen werden würde, mit geringen Mitteln eine herrliche Anlage schaffen, die in wahrhaft würdiger und besonders stimmungsvoller Weise an passendster Stelle die Erinnerung an unsere Gefallenen hochhalten würde. Anderwärts, z. B. bei dem sonst ebenfalls sehr gut geeigneten Straußbergwäsen dürfte eine solche Anlage wohl mit unverhältnismäßig hohen Ausgaben verbunden sein, denn man kann an dieser Stelle natürlich das Denkmal nicht errichten ohne sehr umfangreiche und besonders kostspielige Arbeiten an der ganzen Umgebung, deren Kosten wahrscheinlich die des Denkmals selbst noch übersteigen würden. Aus allen diesen Gründen sollte man doch vielleicht bei nochmaliger Prüfung der Plagfrage ernstlich den Friedhof in Erwägung ziehen! —ph—

Zum Gruß der neuen Glocken!

Eingeweiht am Sonntag, den 23. Juli 1922.

Tot klang vom Turm der Glockenton,
Hohl, fahl und naht und kalt,
Behmut rief es und Schmerz und Hohn
Durchs Tal und durch den Wald!

Doch wie durch Wolken und durch Nacht
Sich ringt der Sonne Strahl,
So hat sich heut gelöst mit Macht
Hoffnung aus Schmerz und Qual.

Die neuen Glocken, sie sind da
Und rufen mit ges Wort
Für alle Deutsche, fern und nah
In Wilddads Schwarzwaldhort.
Hört alle auf den neuen Klang
Dreistimmig ruft Euch zu
Seid einig, stark in Ernst und Sang
Einigkeit nur gibt Ruh!

Carl Eugen Marlow.

Bekanntmachung.

Morgen Dienstag haben die Bäcker und Mehlhändler ihre sämtlichen leeren Mehlsäcke im Städt. Mehllokal abzugeben.

Städt. Mehl- und Futtermittelabgabe.

Erfahrener

Formbauer

für kompliz. Aluminiumkollenguß gesucht.

Tüchtiger und zuverlässiger Mann hat Gelegenheit nach Bewährung Meister zu werden.

Gute Werkswohnung zur Verfügung.

Angebote unter F. T. 4901 an Ala-Haafenstein & Bogler, Frankfurt a. M.

Für komplizierten Aluminiumkollenguß wird ein in jeder Beziehung erfahrener,

zuverlässiger u. tüchtiger Meister

gesucht.

Gute Werkswohnung zur Verfügung.

Angebote unter F. T. 4901 an Ala-Haafenstein & Bogler, Frankfurt a. M.

Landeskurtheater

Direktion: Steng-Krauß

Montag, den 24. Juli 1922

Gastspiel Isabella Gundry

„Luderchen“

Lustspiel in 3 Akten

Schöner

Gummimantel

für Junge bis 20 Jahre alt passend. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Himbeeren

kauft jedes Quantum

Christian Küenzlen,

1. wttbg. Fruchtsaftpresserei m. Dampfbetrieb Sulzbach a. d. Murr.

Versandgefäße können gestellt werden.

Frieda Schmid

Leo Corneli

Verlobte

Stuttgart

Wilddad

Verloren

Geldbeutel mit Inhalt

Der ehrliche Finder wird gebeten, solchen gegen Belohnung abzugeben in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Verloren

silberne Armbanduhr

(Tula). Gegen Belohnung abzugeben bei

Geschwister Freund.

Schöner

Schnauzer

1 Jahr alt, prima Rattler zu verkaufen. Näheres durch d. Tagblatt-Geschäftsstelle unt. Nr. 530.

Gute Köchin

die auch Hausarbeit übernimmt in kleinen Haushalt nach Stuttgart bei hohem Lohn, neben Zimmermädchen auf 1. Oktober oder früher gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Gefunden

Brillantring

auf dem Sommerberg. Auskunft erteilt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Bremsenöl

in Flaschen A. u. W. Schmitz, Med.-Drogerie.

Von der Nummer

167

(Donnerstag den 20. 7.) werden einige Zeitungen zurückgekauft.

Buchdruckerei Wilddader Tagblatt.

